

**Öffentliche Niederschrift über die
18. Sitzung des Kreistages (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 23.05.2022 in der Hochwaldhalle Hermeskeil.**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **18:37** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Stefan Metzdorf

Mitglieder

Herr Martin Alten

Herr Wolfgang Benter

Herr Gerd Benz Müller

Herr Boris Bulitta

Herr Matthias Daleiden

Herr Markus Franzen

Frau Stephanie Freytag

Frau Heike Gleißner

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Holstein

Herr Christian Kiefer

Herr Dieter Klever

Frau Alexandra Lehnen

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Paul Neumann

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Herr Kaspar Portz

Herr Helmut Reis

Herr Lars Rieger

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kreisbeigeordnete Kathrin Schlöder

Herr Achim Schmitt

Frau Christine Schmitt

Herr Andreas Steier

Herr Markus Thul
Herr Joachim Trösch
Frau Edith van Eijck
Herr Joachim Weber
Frau Lena Weber
Frau Martina Wehrheim
Frau Elke Winnikes
Herr Alfred Wirtz

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger
Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Verwaltung

Herr Joachim Christmann
Herr Christoph Fuchs
Herr Eric Jakobs

Herr Thomas Müller
Herr Rolf Rauland
Herr Stephan Schmitz-Wenzel
Herr Alois Zehren

Leiter des Geschäftsbereichs II
Büroleiter
Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr
Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs I
Leiter des Geschäftsbereichs III
Leiter der Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales

Gäste

Frau Angelina Burch

Trierischer Volksfreund

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller
Herr Dirk Bootz
Herr Jürgen Dixius
Herr Hartmut Heck
Frau Christiane Junk-Kornbrust
Herr Safak Karacam
Herr Sascha Kohlmann
Frau Yvonne Mich
Herr Arnold Schmitt

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der **Landrat** eröffnet die heutige Sitzung des Kreistages und begrüßt herzlich dazu die Mitglieder, die Verwaltung, die Gäste sowie die Vertreter der Medien. Ferner weist er auf die getroffenen Hygienemaßnahmen hin.

Die zur Unterzeichnung der Niederschrift bestimmten Kreistagsmitglieder, Frau Alexandra **Lehnen** (CDU) sowie Herr Uwe **Roßmann** (SPD) nehmen teil.

Gemäß § 3 a Abs. 2 der Hauptsatzung dürfen Tonaufnahmen der heutigen Kreistagsitzung aufgenommen werden.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Ferner bestehen folgende Erweiterungen der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung:

- „DigitalPakt Schule 2019-2024: Rahmenvertragsbestellung von Laptops mit Dockingstation für kreiseigene Schulen“ (öffentlich)
- „Errichtung von mobilen Klassen, Standort 2, Information und Beschluss“ (öffentlich)

Der **Kreistag** stellt die Dringlichkeit fest und stimmt der Erweiterung der Tagesordnung nach § 27 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 LKO einstimmig zu. Diese Angelegenheiten werden als neuer Tagesordnungspunkt 10 im öffentlichen Teil der Sitzung zur Tagesordnung aufgenommen.

Hinsichtlich einem weiteren Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion zur Stellenausschreibung einer Klimaschutzmanager:in, gibt der **Landrat** nach einer Anmerkung des Kreistagsmitgliedes **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) an, dass die Stellenbesetzung derzeit nicht möglich sei, da der Bescheid des Fördergebers noch nicht vorliege. Somit sei die vorzeitige Stellenbesetzung förderschädlich.

Der **Kreistag** lehnt die Aufnahme des Antrages aufgrund der fehlenden Dringlichkeit nach § 27 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 LKO mehrheitlich ab. Somit wird der Antrag nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

2. **Mitteilungen des Landrates**
3. **Einwohnerfragestunde**
4. **Nachwahlen**
- 4.1. **von stellvertretenden Mitgliedern für den Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration; Vorlage: 0184/2022**
- 4.2. **eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss für den öffentlichen Nahverkehr; Vorlage: 0185/2022**
5. **Neufassung der Satzung der RTS-AöR; Vorlage: 0105/2022/1**
6. **Kreismusikschule; Verschiebung der geplanten Satzungsänderung auf 2023
Vorlage: 0145/2022/1**
7. **Abwicklung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2021 in das HH-Jahr 2022; Vorlage: 0181/2022**
8. **Mobilitätsbefragung; Vorlage: 0182/2022**
9. **Planung eines Führungs- und Lagezentrums; aktueller Sachstand
Vorlage: 0183/2022**
10. **Auftragsangelegenheiten**
- 10.1. **DigitalPakt Schule 2019-2024: Rahmenvertragsbestellung von Laptops mit Dockingstation für kreiseigene Schulen; Vorlage: 0198/2022**
- 10.2. **Realschule plus Kell am See / Auftragsvergabe mobile Klassen Standort 2 / Beschluss; Vorlage: 0177/2022/3**
11. **Informationen und Anfragen**
- 11.1. **Anfrage zum Sachstand Gewerbegebiet Mehringer Höhe (Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.05.2022)**
- 11.2. **Information zum Brand- und Katastrophenschutz**
- 11.3. **Einigung über Fleischuntersuchungsgebühren - Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes; Vorlage: 0118/2022**
- 11.4. **Weitere Informationen und Anfragen**

2. **Mitteilungen des Landrates**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Landrates. Dabei geht er kurz darauf ein, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung für das Radverkehrskonzept vorgestellt worden seien. Ferner sei der Förderbescheid für den DigitalPakt Schule i. H. v. 3,7 Mio. Euro des Landes an den Landkreis übergeben worden.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

3. **Einwohnerfragestunde**

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen seitens der Bevölkerung vor.

4. **Nachwahlen**

4.1. **von stellvertretenden Mitgliedern für den Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration; Vorlage: 0184/2022**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** weist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung hin. Ferner schlägt er vor, in gemeinsamer und offener Abstimmung über die nachstehende Wahl zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden solle. Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Seitens der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion wird Frau Martina Wehrheim vorgeschlagen.

Seitens der Die Linke-Kreistagsfraktion wird Herr Georg Bauer vorgeschlagen.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist gewählt:

Bündnis/90-Die Grünen-Fraktion:

stellvertretendes Mitglied:

Martina Wehrheim, Konz

Die Linke-Fraktion:

stellvertretendes Mitglied:

Georg Bauer, Saarburg

Das anwesende Mitglied nimmt ihre Wahl an.

4.2. eines stellvertretenden Mitgliedes für den Ausschuss für den öffentlichen Nahverkehr; Vorlage: 0185/2022

Protokoll:

Der **Vorsitzende** weist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung hin. Ferner schlägt er vor, in gemeinsamer und offener Abstimmung über die nachstehende Wahl zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden solle. Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Seitens der CDU-Kreistagsfraktion wird Frau Pia Kremer vorgeschlagen.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach ist gewählt:

CDU-Fraktion:

stellvertretendes Mitglied:

Pia Kremer, Igel-Liersberg

5. Neufassung der Satzung der RTS-AöR; Vorlage: 0105/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Kreistagsmitglied **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet um stärkere Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der RTS-AöR.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Neufassung der Satzung der RTS-AöR in der vorgelegten Entwurfsfassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Kreismusikschule; Verschiebung der geplanten Satzungsänderung auf 2023; Vorlage: 0145/2022/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses die Verschiebung einer für 2022 geplanten Gebührenerhöhung der Kreismusikschule um weitere 5 % und die entsprechende Änderung der Satzung zum 01.04.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Abwicklung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2021 in das HH-Jahr 2022; Vorlage: 0181/2022**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bildung und Übertragung von Haushaltsausgabermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2021 in das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 28.537.105,76 €.

Der Kreistag nimmt die Übersicht über die Haushaltsermächtigungen aus dem Vorjahr zur Kenntnis, bei denen eine Übertragung nicht mehr erfolgen kann, da eine Inanspruchnahme der Kreditermächtigung aus diesem Zeitraum nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben des § 103 GemO nicht mehr möglich und hierdurch die Finanzierung nicht gesichert ist. Diese verfallenen Reste wurden je nach Bedarf von den Fachabteilungen im Haushaltsplan 2022 berücksichtigt und neu veranschlagt.

Dem Kreistag wird empfohlen, im Rahmen der Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2021 nach § 114 GemO, die über das Ende des Haushaltsjahres 2021 hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen in Höhe von

insgesamt: 28.537.105,76 €

(nach § 17 Abs. 5 GemHVO in Verbindung mit § 53 GemHVO) förmlich festzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Mobilitätsbefragung; Vorlage: 0182/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** ergänzt, dass die Länder Rheinland-Pfalz und das Saarland an der Mobilitätsbefragung teilnehmen. Ursprünglich sei dieses Vorgehen in dieser Form nicht vorgesehen gewesen. Durch diese Beteiligung werde die Stadt Trier und die umliegenden Kreise einbezogen. Im Hinblick auf die Luxemburg-Pendler lassen die Ergebnisse dann Vergleichsanalysen zu. Insgesamt handle es sich für den Landkreis Trier-Saarburg um den Einstieg in diesen Bereich.

Kreistagsmitglied **Wehrheim** (Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, dass die Pendlerzahlen in die Stadt Trier in der neuen Version der Mobilitätsbefragung fehlen würden. Langfristig sei es wünschenswert solche Vergleichswerte zu besitzen.

Der **Landrat** erklärt, dass davon auszugehen sei, dass in der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Stadt Trier sicherlich Möglichkeiten bestehen, die Ergebnisse der Mobilitätsbefragung miteinander zu vergleichen.

Kreistagsmitglied **Weber** (CDU) bringt vor, dass im Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr eine Vorberatung zu diesem Tagesordnungspunkt stattgefunden habe. Die CDU-Kreistagsfraktion befürworte den Beschlussvorschlag. Es sei eine Datengrundlage zur weiteren Planung notwendig. Die Kompatibilität der Zahlen sei in der Mobilitätsbefragung gegeben.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Beteiligung an der Haushaltsbefragung „Mobilität in Deutschland“ (MiD) zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Planung eines Führungs- und Lagezentrums; aktueller Sachstand Vorlage: 0183/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) geht eingangs der Rederunde auf die Vorberatung im Rahmen der Kreis Ausschusssitzung am 28.03.2022 ein. Die Notwendigkeit eines Führungs- und Lagezentrum ergebe sich aus den

Großschadenslagen des vergangenen Jahres. Die Abstimmung seitens der Verwaltung mit der ADD Trier begrüßt die CDU-Kreistagsfraktion. Jedoch seien die Fördermöglichkeiten unabhängig von der Standortwahl zu sehen. Es sei selbstredend, dass das Land rückblickend auf das vergangene Jahr eine Förderung gewähren müsse. Falls es keine Fördermöglichkeiten geben sollte, könne der Landkreis sich als Modellprojekt bewerben. Die Synergieeffekte mit der Verbandsgemeinde Trier-Land sollen genutzt werden. Die CDU-Kreistagsfraktion schlage aus diesem Grunde vor, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Diese solle überprüfen, ob der Standort in Newel für ein Führungs- und Lagezentrum geeignet ist. Zudem solle eine summarische Kostenschätzung vorgenommen werden. Bereits in Auftrag gegeben, habe die CDU-Kreistagsfraktion die Anfrage zum Ausbaustand von Führungs- und Lagezentren in den rheinland-pfälzischen Landkreisen. Er bitte, Verzögerungen in dieser Angelegenheit zu vermeiden. Das Wechsellader-Fahrzeugkonzept sei in der vergangenen Kreisausschusssitzung einstimmig beschlossen worden. Das Fahrzeugkonzept 2.0 finde ebenfalls Zustimmung seitens der CDU-Kreistagsfraktion. Hierbei seien die Fördermöglichkeiten durch das Land noch abzustimmen. Eine zügige Umsetzung sei wünschenswert um den Katastrophenschutz bestmöglich auszustatten.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) trägt vor, dass die Flutkatastrophe 2021 die Stärken und Schwächen der Bevölkerungswarnung, der aktiven Hilfeleistung vor Ort und der Einsatzleitung bei Großschadenslagen aufgezeigt habe. Der Landkreis Trier-Saarburg sei glimpflich davon gekommen. Die Betroffenen haben hohe Sachschäden zu beklagen. Die Schadensbeseitigung sei derweil noch nicht abgeschlossen. Die Anhörungen im Untersuchungsausschuss des Landes zeige auf, welche hohe Bedeutung der Einsatzleitung bei solchen Ereignissen zukomme. Vor diesem Hintergrund komme den Landkreisen als verantwortliche Ebene beim Katastrophenschutz eine wichtige Rolle zu. Im Jahr 2020 sei dem Kreisausschuss ein fortgeschriebenes Konzept zum Wechselladerkonzept vorgelegt worden. Die SPD-Kreistagsfraktion habe in der Vergangenheit immer wieder auf dieses Thema hingewiesen. Es bestehe im Kreistag insgesamt kein Dissens über die Maßnahmen. Das Logistikkonzept sei noch in der Prüfung. Es bestehe Einigkeit bei den Kreistagsfraktionen, dass ein Führungs- und Lagezentrum notwendig sei. Bei der Standortwahl bestehe weiterhin Beratungsbedarf. Von verschiedenen Personen, darunter auch der ehemalige BfL, sei die Machbarkeitsstudie präferiert worden. Sie begrüße die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden Henter (CDU) hinsichtlich der Befürwortung dieser Auftragsvergabe. Laut Protokoll der Kreisausschusssitzung vom 28.03.2022 stehen 3 Standorte zur Auswahl. Bekannt sei den Kreistagsfraktionen bisher lediglich Newel. Sie bitte um einen möglichst einvernehmlichen Beschluss.

Den Ausführungen seiner Vorredner könne der Fraktionsvorsitzende **Holstein** (FWG) zustimmen. Die Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr sowie die Unwetterlage vor kurzem habe die Notwendigkeit eines Führungs- und Lagezentrums deutlich gemacht. Derzeit werde es bei Bedarf im Sitzungssaal der Kreisverwaltung Trier-Saarburg aufgebaut. Wichtig sei die Abstimmung, ob Förderungen seitens des Landes in diesem Bereich zur Verfügung stehen. Falls es keine solche Förderungen gebe, müsse dennoch

erörtert werden, wie weiter verfahren werde. Die Kreisausschusssitzung am 28.03.2022 sei emotional geprägt gewesen. Durch das Entgegenkommen der CDU- und der FWG-Kreistagsfraktion hinsichtlich der Beauftragung der Machbarkeitsstudie für den Standort Newel fließe eine objektive Sichtweise in die Entscheidungsfindung ein. Das Wechselladerkonzept sei inzwischen beinahe komplett umgesetzt. Die Verbandsgemeinde Trier-Land befinde sich in einem gewissen Zeitdruck bei der Umsetzung des Projektes in Newel. Aus diesem Grund hätte er eine heutige Beschlussfassung befürwortet. Derzeit befinde sich das Projekt im Bebauungsplanverfahren. Durch den Vorschlag der Machbarkeitsstudie befinde sich der Landkreis auf einem insgesamt guten Weg.

Herr **Jakobs** erklärt, dass in der Kreisausschusssitzung am 28.03.2022 das erste Wechselladerkonzept, welches den Standort Newel betreffe, beschlossen worden sei. Demnach seien dort insgesamt 3 Stellplätze geplant.

Landrat **Metzdorf** ergänzt, dass in der Zwischenzeit diesbezügliche Gespräche seinerseits mit dem Präsidenten der ADD Trier geführt worden seien. Das Ergebnis der Enquete-Kommission zu diesem Thema bleibe abzuwarten.

Die Bedeutung des Brand- und Katastrophenschutzes werde auch von der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion erkannt, so Kreistagsmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen). Die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie werde positiv gesehen. Jedoch sei die Prüfung von Alternativen aus ihrer Sicht wünschenswert, um den besten Standort zu ermitteln. Zu unterstützen seien die Ausführungen, dass auch ohne Fördermöglichkeiten des Landes das weitere Vorgehen abgestimmt werden müsse. Der Brand- und Katastrophenschutz stehe in deutlichem Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Es sei zweifelsfrei, dass in den Katastrophenschutz investiert werden müsse. Sorgfalt vor Schnelligkeit walten zu lassen, sei im Sinne der Bürger:innen. Derzeit sei der Landkreis mit dem Führungs- und Lagezentrum im Sitzungssaal der Kreisverwaltung gut aufgestellt. Es herrsche nach der letztjährigen Flutkatastrophe eine Erwartungshaltung, dass Konzepte erarbeitet werden, um diesen Situationen künftig besser entgegenzutreten zu können. Dabei dürfe jedoch nicht vergessen werden, in die Umsetzungsphase überzugehen. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion unterstütze den Vorschlag zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie. Er beantrage allerdings die Prüfung aller Alternativstandorte.

Der **Landrat** weist deutlich darauf hin, dass der Landkreis Trier-Saarburg auch zum jetzigen Zeitpunkt ein funktionierendes Führungs- und Lagezentrum besitze. Die Abläufe dort funktionieren sehr gut, wie am Beispiel der letzten Unwetterlage veranschaulicht werden könne. Er könne insgesamt einen Konsens von den Kreistagsfraktionen zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie mit einer Kostenschätzung für den Standort Newel feststellen.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) bittet in der nächsten Kreistagssitzung darüber einen Beschluss zu fassen.

Um einen Konsens zwischen allen Kreistagsfraktionen zu finden, schlägt Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) vor, dass in eine Prüfung alle 3 Alternativstandorte für den Bau eines Führungs- und Lagezentrums einbezogen werden sollten. Es solle nicht der gesamte Landkreis oder nur der Standort Newel geprüft werden. Sie bitte um Benennung dieser Standorte.

Aus Sicht des Kreistagsmitgliedes **Schmitt** (SPD) sollte das Verfahren nicht in die Länge gezogen werden bis die nächste Katastrophe komme. Eine Prüfung könne nicht auf einen Standort festgelegt werden, sondern müsse ergebnisoffen durchgeführt werden. Der Katastrophenschutz beinhalte ferner die Stadt Trier. Er könne dem Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion, zur ergebnisoffenen Prüfung der Standorte, zustimmen.

Kreistagsmitglied **Winnikes** (Bündnis 90/ Die Grünen) bringt ein, dass es sinnvoll sei, die Machbarkeitsstudie für mehrere Standorte in Auftrag zu geben. Eine Nichteignung des Standortes Newel hätte zur Folge, dass erneut geprüft werden müsse, wodurch kostbare Zeit verloren gehe.

Nach den vorangegangenen Wortmeldungen beantragt der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) über die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie am Standort Newel mit Eignung, Kostenschätzung und unter Berücksichtigung der Synergieeffekte abzustimmen.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) und Kreistagsmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen) geben an, dass in Hermeskeil ein THW-Standort entstehe und in Trier die Feuerwache neugebaut werde. Dadurch können möglicherweise ebenfalls Synergieeffekte entstehen.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine weiteren Fragen. Sodann fasst er folgende Beschlüsse.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie und Kostenschätzung für ein Führungs- und Lagezentrum für den Landkreis Trier-Saarburg.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 18 Ja-Stimmen und 24 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie am Standort Newel mit Eignung, Kostenschätzung und unter Berücksichtigung der Synergieeffekte

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 24 Ja-Stimmen und 18 Gegenstimmen

Nach der Beschlussfassung teilt der Fraktionsvorsitzende **Bulitta** (Bündnis

90/ Die Grünen) mit, dass es sich ursprünglich um eine Informationsvorlage der Verwaltung gehandelt habe. Dadurch sei keine Beschlussfassung des Kreistages möglich. Zur Änderung der Tagesordnung bedürfe es eines Mehrheitsbeschlusses.

Der **Landrat** erklärt, dass es zur Änderung der Tagesordnung nach § 27 Abs. 7 Satz 2 LKO der Zustimmung des Kreistages bedarf. Diese Zustimmung sei durch das Abstimmungsergebnis rechtskonform.

10. Auftragsangelegenheiten

10.1. DigitalPakt Schule 2019-2024: Rahmenvertragsbestellung von Laptops mit Dockingstation für kreiseigene Schulen; Vorlage: 0198/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Auftrag für die Beschaffung von den in der Sachdarstellung genannten Laptops mit Dockingstation für kreiseigenen Schulen wie folgt zu vergeben:

Bezug über Rahmenvertrag LDI / Rednet AG, Mainz

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilhaushalt 3 – Abteilung 5: Schulen und Bildung zur Verfügung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10.2. Realschule plus Kell am See / Auftragsvergabe mobile Klassen Standort 2 / Beschluss; Vorlage: 0177/2022/3

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Auftragsvergaben, zur Errichtung mobiler Klassen, Standort 2 an der Realschule plus Kell am See.

Mobile Klassen - Container
Firma BHL GmbH, Trierweiler
Angebotspreis: 590.508,64 €

Tiefbauarbeiten DIN 18300
Firma Clemens Baugesellschaft GmbH, Saarburg
Angebotspreis: 218.900,86 €

Elektroinstallation DIN 18382
Firma Schneider GmbH, Bekond
Angebotspreis: 138.932,50 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. Informationen und Anfragen**11.1. Anfrage zum Sachstand Gewerbegebiet Mehringer Höhe (Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.05.2022)****Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die digital zur Verfügung gestellten Unterlagen. Im Rahmen der Auftragsverwaltung sei am 01.02.2022 eine Stellungnahme der Verwaltung im Rahmen des Raumordnungsverfahrens gemäß § 15 Raumordnungsgesetz in Verbindung mit § 17 Landesplanungsgesetz für die Darstellung einer gewerblichen Baufläche im Zuge der 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Schweich erstellt worden.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

11.2. Information zum Brand- und Katastrophenschutz**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die digital zur Verfügung gestellten Unterlagen. Die zuständige Fachabteilung arbeite derzeit an einer Aktualisierung des Katastrophenschutzplans.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

11.3. Einigung über Fleischuntersuchungsgebühren - Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes; Vorlage: 0118/2022

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) merkt an, dass der getroffene gerichtliche Vergleich für die Arbeit der Kreisverwaltung spreche. Dieser Vergleich sei zum Großteil zugunsten der Verwaltung getroffen worden.

Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) verliest im Folgenden eine Zusammenfassung zu ihrer Sicht des Verfahrens.

Geschäftsbereichsleiter **Schmitz-Wenzel** erklärt, dass die Verwaltung vor Erlass der alten Satzung im Jahr 2013/2014 mit dem betreffenden Schlachtbetrieb Gespräche geführt habe. Zu diesem Zeitpunkt sei dieser mit der Satzung einverstanden gewesen. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts habe die Verwaltung erneut dem Schlachtbetrieb und seinem Rechtsvertreter ein Vergleichsgespräch angeboten. Dieses Angebot sei seitens des Schlachtbetriebs abgelehnt worden. Die Aufhebung der Satzung habe aufgrund kleiner formeller Fehler stattgefunden. In der mündlichen Verhandlung sei deutlich geworden, dass der Schlachtbetrieb als Kläger die Gesamtkosten hätte tragen müssen. Der Landkreis sei ihm entgegen gekommen.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

11.4. Weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine weiteren Informationen oder Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer:innen.

Der Vorsitzende:

(Stefan Metzdorf)

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)